

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

Antrags-Nr.: 2.0.2

Thema: Position der AWO zum Umgang mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD)

Antragsteller: AWO BV Hannover e.V.

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 Eine Mitgliedschaft in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist unvereinbar mit
4 den Grundwerten der Arbeiterwohlfahrt. Daher ist eine Beschäftigung von haupt- und
5 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Mitglied in der AfD sind, nicht
6 vereinbar. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft bei der AWO und in der Partei der AfD
7 schließen sich aus. Sollte sich ein Mitglied zu rechtsextremen, rassistischen und
8 menschenverachtenden Äußerungen bekennen, ist eine Kündigung oder eine Auflö-
9 sung der Mitgliedschaft anzustreben.

10

11 **Begründung:**

12

13 Mit undemokratischen, völkischen, antisemitischen, rassistischen und menschenver-
14 achtenden Parolen in der Öffentlichkeit erzeugt die AfD eine Stimmung von Hass und
15 fördert Hetze gegen demokratische Institutionen und gewählten Repräsentanten un-
16 seres demokratischen Staates. Schutzsuchende Menschen und Bürgerinnen und
17 Bürger mit Migrationsgeschichte werden diskriminiert.

18 Die AfD steht im unvereinbaren Widerspruch zu den Grundwerten der AWO.

19 Die AWO wird dieser Partei aktiv entgegentreten und ihr Gedankengut bekämpfen.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme mit Änderung

Ergänzung in Z. 7: „Sollte sich ein Mitglied oder ein*e Arbeitnehmer*in zu [...]“.

Ergänzung in Z. 9: [...]der Mitgliedschaft oder des Arbeitsverhältnis anzustreben.

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung